

„Mit Dummdum aus der Schußlinie“

Die Opfer des Münchner Bombenanschlags waren noch nicht zu Grabe getragen, als Wahlkämpfer Franz Josef Strauß bereits zu wissen vorgab, wo die Schuld zu suchen

sei: in Bonn und Ost-Berlin. Legte der Kandidat falsche Fährten, um davon abzulenken, daß er selber den westdeutschen Rechtsextremismus seit Jahren bagatellisiert?

Während sich im Alten Rathaus zu München die Spitzen der Republik zum Trauerakt versammelten, fingen auf dem Oktoberfestplatz Fernsehreporter Volkes Stimme ein. „Die Sinnlosigkeit von so einer Tat“, sprach einer für viele, „die fährt einem schon in die Magengrube.“

Der Anschlag von München — der binnen Sekunden mehr Tote (13) und Verletzte (219) forderte als die Verbrechenserie der Baader-Meinhof-Gruppe bis zur Zerschlagung ihres harten Kerns 1972 — markierte für Millionen Bundesbürger eine völlig neue Dimension des Grauens. Denn die extreme Linke hatte den Tod x-beliebiger Mitbürger bei ihren Anschlägen auf Bankiers oder Politiker zwar stets in Kauf genommen, aber nicht gesucht.

Und auch Westdeutschlands Rechtsradikale hatten Massenmord-Anschläge auf belebte Plätze oder Bahnhöfe zuvor nie begangen. Derlei schien jahrzehntlang eine Spezialität ausländischer Faschisten, die erst am Freitag letzter Woche wieder, vor einer Pariser Synagoge, einen todbringenden Sprengsatz zündeten.

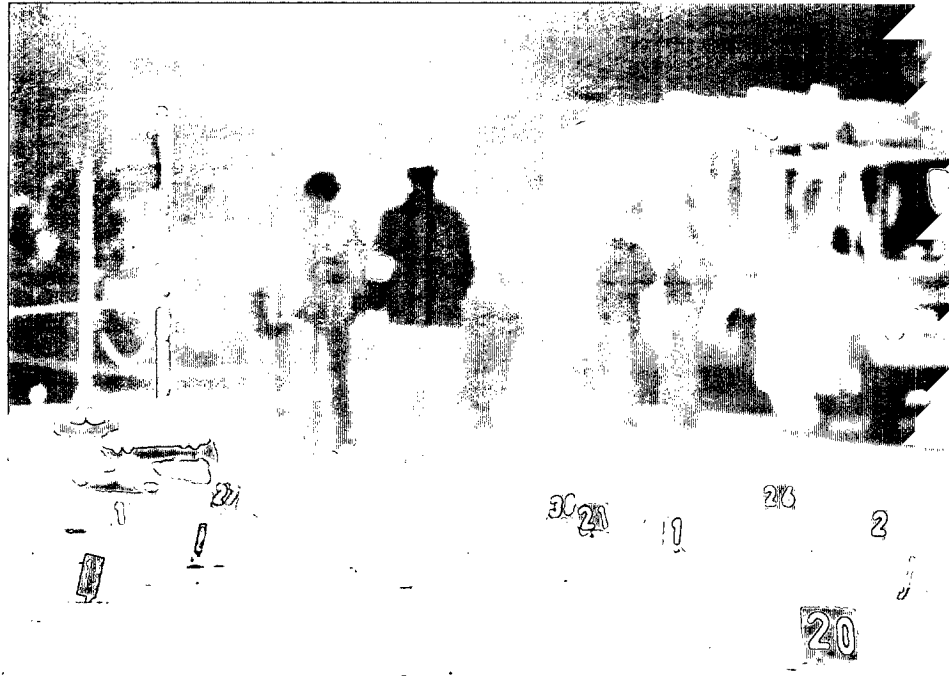
Zwar waren Staatsschützer letzthin auch bei westdeutschen Neonazis auf genügend Waffen und Bomben gestoßen, um „eine komplette Bürgerkriegsarmee“ auszurüsten zu können. Und schon im vorigen Herbst hatte der Bonner SPD-Sicherheitsexperte Heinz Pensky gemahnt: „Wer Bomben bastelt, trägt sich auch mit dem Gedanken, sie explodieren zu lassen.“

Gleichwohl schienen sich auch noch nach dem Wies'n-Attentat Politiker und Pressekommentatoren gegen die Einsicht zu sträuben, daß sich in der Bundesrepublik eine Subkultur von rechten Radikalen gebildet hat, die sich aufs Bomben eingestellt hat.

In Westdeutschland, so hatte schon vor zehn Jahren die „Frankfurter Allgemeine“ kritisiert, unterlägen rechtsextremistische Taten „tendenziell alle dem gleichen Interpretationsschema“.

1. Die Täter werden für kaum zurechnungsfähig erklärt.
2. Man betont die Einzeltat . . . wobei
3. die rechtsextreme Irrläuferei wenn möglich der heimlichen Identität mit der Linken geziehen wird.

Das alte Dreifach-Klischee erwies sich auf verblüffende Weise als brandaktuell. Gleich nach der Tat war — erstens — allenthalben zu hören, der Anschlag sei das Werk eines Wahnsinnigen, „nur noch mit medizinischen Dimensionen zu messen“ (CDU-Vorsitzender Helmut Kohl).



Münchner Tatort, Polizeimarkierungen: Neue Dimension des Grauens

Während die Fahnder noch Zeugen vernahmen und Spuren verfolgten, die auf eine „Organisationstat“ (Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) zu deuten schienen, erklärte — zweitens — Franz Josef Strauß bereits, „alles“ spreche „dafür, daß es sich um die Tat eines einzelnen gehandelt“ habe, eben jenes Geologiestudenten Gundolf Köhler, 21, dessen Leiche am Tatort gefunden worden war.

Obendrein — drittens — wagte Strauß sogleich die Prognose, was als rechtsradikal erscheine, könne sich bald als linksradikal erweisen: „Spuren des Attentats“ führten in eine „ganz andere Richtung“ als angenommen.

Zwei Tage nach dem Anschlag antwortete Strauß in einem „Bild“-Interview auf die Frage, ob „der Rechtsradikalismus nicht ernst genug genommen“ worden sei:

In Bayern, wo ich für die Dienste zuständig bin, wurde alles getan. Im Bund gibt es leider eine Fülle von Versäumnissen. Ich habe zum Beispiel Informationen, wonach rund zwei Dutzend Mitglieder einer rechtsradikalen Splittergruppe aus der „DDR“ kommen. Sie sollen zum Teil sogar von der Bundesregierung freigekauft worden sein und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Davon, daß massenhaft Ostagenten in die Neonazi-Szene „eingefiltert“ (Strauß) worden seien, weiß der Verfassungsschutz freilich nichts. „Blanker Unsinn“, urteilte Richard Meier, der Präsident des Kölner Bundesamtes.

„Strauß' demagogische Vorwürfe“ seien, kommentierten in- und ausländische Blätter, „so abstrus, daß man sich nur an den Kopf fassen kann“ („Süddeutsche Zeitung“). Mit seinem Versuch, als einziger namhafter Politiker die Terrortat in den Wahlkampf zu zerren, habe der Kandidat, so Zürichs „Tages-Anzeiger“, abermals bewiesen, daß er „in kritischen Situationen seine Nerven nicht im Zaum halten“ könne.

In den allerersten Stunden nach dem Attentat allerdings war das Nervenkostüm des Bayern noch halbwegs heil gewesen. Am Sonnabendmorgen vorletzter Woche — als der rechtsextreme Köhler noch nicht als mutmaßlicher Täter ermittelt worden war und allgemein Ultralinke als Urheber vermutet wurden — stellte Strauß bereits wahltaktische Überlegungen an. „Man müßte jetzt“, posaunte er, „ein Flugblatt verfassen, das nur eines zeigt: Baum im Gespräch mit Mahler.“

Auch außerhalb Münchens zeigten sich CDU- und CSU-Wahlkämpfer am Samstagmorgen durch den vermeintlich linken Terrorakt beflügelt. Provinzfunktionäre, die die Wahl schon verloren geglaubt hatten, witterten nun neue Chancen.

Und Bonner Koalitionsstrategen sahen sich, als die ersten Nachrichten aus München eintrafen, urplötzlich als mögliche Wahlverlierer. Sollte die Identität des Bombenlegers bis zur Wahl unge-



Mutmaßlicher Attentäter Köhler
„Entschiedenenes Durchgreifen“

dis“, war Köhler als Anhänger der paramilitärischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) erfaßt, die 1973 in Bayern gegründet, sechs Jahre lang im Freistaat eher geduldet als verfolgt und im Frühjahr schließlich vom Bundesinnenminister verboten worden war.

Warum Strauß trotz der veränderten Nachrichtenlage fortfuhr, Baum maßlos zu attackieren und die These von den DDR-gesteuerten Neonazis zu verbreiten — Bonns Sozialdemokraten glaubten die Gründe zu kennen. Strauß, befand ein Parteisprecher, „schießt mit Dumdum-Munition, um selbst aus der Schußlinie zu kommen“.

In der Tat hatte der Kandidat so kurz vor der Wahl allen Anlaß, von sich selber abzulenken:

▷ Köhler — keineswegs aus der DDR eingeschleust, sondern in Württemberg geboren — ist poli-

Versuch, mit „Unkraut-Ex“ und Phosphor Sprengkörper zu basteln, zog er sich Gesichtsverletzungen zu.

Mitte der siebziger Jahre, registrierten Stuttgarter Staatsschützer, nahm der verklemmte Waffennarr zweimal an Geländeübungen von Hoffmanns WSG teil. Nach dem Abitur 1978 verpflichtete er sich sogleich als Zeitsoldat bei der Bundeswehr, wo er sich um eine Ausbildung zum Sprengmeister bemühte. Nach drei Monaten mußte er jedoch, angeblich wegen eines leichten Ohrenleidens, den Dienst quittieren.

Zuvor war dem „Militärischen Abschirmdienst“ aufgefallen, daß Köhler Briefkontakt zu Hoffmann unterhielt: „Ich will“, hatte er dem WSG-Führer geschrieben, „in meiner Heimatgemeinde eine WSG-Gruppe gründen. Bitte helfen Sie mir!“ Hoffmann verwies den Interessenten damals an einen Gesinnungsfreund, seinen „Kameraden Axel Heinzmann“, der — wie der Wehrsportler zu jener Zeit einem anderen Bewerber mitteilte — in Tübingen einen regionalen WSG-Stützpunkt aufbauen wollte.

Als Gründer eines „Freundeskreises der CSU“ und Vorsitzender des „Hochschulringes Tübingen Studenten“ (HTS) streitet Heinzmann, 32, seit Jahren gegen linke und liberale Kommilitonen. Unterstützung fand er unter anderem bei dem ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, der als HTS-Ehrenmitglied fungiert, aber auch bei „Wehrsport“-Hoffmann, der 1976 mit einem Rollkommando in Lederkleidung bei einer HTS-Werbeveranstaltung für die südafrikanische Rassistenregierung auftauchte.

Mit Stahlruten und Würgehölzern machten sich Heinzmanns und Hoffmanns Anhänger „wie die Berserker“ (Augenzeugen) über die studentischen Opponenten her; ein halbes Dutzend wurde krankenhauserreif geschlagen. Hoffmann wurde Anfang dieses Jahres wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs zu siebeneinhalb Monaten Haft verurteilt, die das Gericht zur Bewährung aussetzte.

In Versammlungen des HTS, an denen Gundolf Köhler vom Frühjahr 1979 an teilnahm, fand er ausgiebige Gelegenheit, die Ideen des Axel Heinzmann (Uni-Jargon: „A. H.“) zu studieren — ein Gemisch aus kaum kaschiertem Rassismus und dumpfem Antikommunismus, aus CSU- und Freikorps-Programmatik.

Heinzmanns Männerbund kämpft gegen „Homos“ und „Flintenweiber“, gegen „Polit-Miezen“ und „politsexualisierte Frauen“. Schon vor Jahren riefen HTS-Studenten, denen der Westen als „schlapp und dekadent“ erscheint, nach einem „Pinochet für Portugal“ und auch nach einem starken Mann,



Rechtsradikaler Hoffmann (r.), „Wehrsportgruppe“: „Märchen vom bösen Wolf“

klärt bleiben, so das Kalkül der Koalitionäre, würden große Teile der Wählerschaft das Münchner Verbrechen fraglos den Terroristen um den flüchtigen Christian Klar anlasten — und damit dem angeblich gegenüber links zu laschen Baum. „Wenn so was passiert“, hatte ein enger Baum-Mitarbeiter schon Wochen vor der Wahl gebangt, „dann sind wir weg vom Fenster.“

Zwei Zufälle führten dazu, daß sich schon am Morgen nach der Tat, um 9.21 Uhr, das politische Blatt wendete.

Weil der Sprengkörper offenbar vorzeitig detoniert und bei Köhlers Leiche dessen Reisepaß gefunden worden war, konnten die Ermittler den mutmaßlichen Attentäter als Rechtsextremisten einordnen: In Baums nachrichtendienstlichem Informationssystem, dem Geheim-Computer „Na-

tisch geprägt worden in jener Grauzone, in der sich CDU/CSU und Rechtsradikalismus überlappen und in der Strauß wie kein anderer Politiker verehrt wird.

▷ Zum Extremisten gedieh Köhler unter dem Einfluß von Gruppierungen, deren Gefährlichkeit Strauß wie auch sein Innenminister Tandler immer wieder geleugnet hatte.

Mit 15 Jahren, erzählen ehemalige Mitschüler, müsse Gundolf Köhler auf irgendeine Weise in den Bann rechter Ideen geraten sein. Der introvertierte Knabe, Sohn eines strengen Diplomaltdarwirts und früheren stellvertretenden CDU-Ortsvorsitzenden, habe von „entschiedenem Durchgreifen in der Politik“ geschwärmt und begonnen, Handfeuerwaffen zu sammeln. Beim



CSU-Politiker Tandler, Strauß*: „Mit dem Rucksack aufs Land“

der Deutschland „mit Zähnen und Klauen und mit Gewalt“ zu verteidigen bereit sei. Strauß ist für den HTS der „beste Politiker des gesamten Westens“ (Flugblatt-Text).

Schwer nur ist auszumachen, was Gundolf Köhler mehr beeinflusst hat: der radikale Rechtsideologe Heinzmann oder die Landsknechts-Atmosphäre in Hoffmanns Truppe, in der nicht nur über die „impotente Demokratie“ geredet, sondern auch gehandelt wurde — mit Totschläger und Totenkopffemblem.

Daß unter Hoffmanns gernegroßen Anhängern — vor allem „Arbeiterjungs“, die von ihm zur „Elite der Zukunft“ und zu „Europas Grenadiere“ befördert werden — auch über Bombenanschläge schwadroniert wurde, ist Staatsschützern nicht erst bekannt, seit sie, Anfang dieses Jahres, bei dem WSG-Führer eine Anleitung zur Sprengstoffherstellung fanden; die Schrift mit dem Tarn-Titel „Das Märchen vom bösen Wolf“ enthält Hinweise zur Anwendung von Thermit- und Rohrbomben, von Petroleum und Napalm.

Schon im Mai 1976, so erinnerten sich Verfassungsschützer letzte Woche, hatte ein Hoffmann-Anhänger, der Bundeswehrgefreite Dieter Epplen, 19, einen Sprengstoffanschlag auf den Münchner US-Soldatensender AFN versucht. Das Attentat mißglückte, Epplen wurde schwer verletzt. Hoffmann distanzierte sich von der Tat. „Wenn ich ein Bombenattentat planen würde“, höhnte der Führer damals vor seinen Rekruten, „dann wäre das Ding in die Luft geflogen, das ist doch wohl mal sicher.“

* Am Tatort in München.

Ob Gundolf Köhler, seine Täterschaft unterstellt, im Auftrag eines Dritten oder im Alleingang gebombt hat, stand letzte Woche dahin. Sollte er, was Generalbundesanwalt Rebmann nicht ausschließt, auf Befehl nach München gefahren sein — leicht nachzuweisen wäre es nicht.

Hoffmann brüstet sich seit langem damit, seine Gefolgschaft mit einem speziellen „Sicherheitsdienst“ so abgeschottet zu haben, „daß Verrat fast ausgeschlossen ist“. Seine Leute, prahlte er letztes Jahr, seien es gewohnt, „ohne Meckern Vollzug“ zu melden. Selbstverständlich bekomme jeder „nur soviel Information, wie zur Durchführung seiner Aufgabe nötig ist“.

Sechs WSG-Mitglieder, die nach dem Anschlag vorläufig festgenommen worden waren, mußten anderntags auf freien Fuß gesetzt werden. Der Anfangsverdacht einer „planerischen Mitwirkung“ (Rebmann) hatte sich nicht hinreichend erhärten lassen.

Hoffmann, der für die Tatzeit ein Alibi nachweisen konnte, geriert sich seither als verfolgte Unschuld. „Ich bin der Buhmann der Nation“, jammerte der Werbegraphiker letzte Woche auf seinem verfallenen fränkischen Schloß Ermreuth, das er samt Freundin, einem Puma „Django“ und scharfen Hunden bewohnt: „Man macht mich zum Frankenstein.“

Wer und was Gundolf Köhler zu seiner Reise nach München bewegt haben könnte, sei für ihn, so Hoffmann zum SPIEGEL, „völlig offen“: „Mit einer Bombe gegen eine amorphe Menschenmasse, das gibt doch überhaupt keinen Sinn — es sei denn“, räumt er ein, „man will anderen die Sache in die Schuhe schieben.“

Der Gedanke, rechtsradikale Verschwörer hätten mit einem spektakulären Anschlag, der von der Bevölkerung linken Terroristen zugerechnet würde, Strauß an die Macht bomben wollen, mag bizarr anmuten — der „Neuen Zürcher Zeitung“ waren derlei Überlegungen immerhin einen Kommentar wert: Angesichts des Tattermins sei zu fragen, „ob der Sprengstoffanschlag am Oktoberfest möglicherweise nicht doch bewußt als ein blutiges Signal zur Wahlkampfbeeinflussung geplant war“.

Tatsächlich wird, wie Staatsschützer wissen, über derlei Möglichkeiten in Extremisten-Zirkeln schon seit vielen Jahren geredet. Zunächst herrschte unter Neonazis die Meinung vor, man solle das Bomben vorerst den Anarchos überlassen: Terror von ultralinks, sei, hieß es, hervorragend geeignet, die westdeutsche Gesellschaft in die rechte Richtung zu manövrieren.

Getreu dieser Einsicht hielten einzelne Fanatiker es eher schon für sinnvoll, Terrortaten vorzutauschen, um sie Linken anzulasten und auf diese Weise Wählerstimmen zu bewegen. Die Idee dazu gedieh exakt in jener politischen Zone, in der sich CDU/CSU und Rechtsradikalismus begegnen und in der seit Jahren auch der Tübinger „CSU-Freundeskreis“-Gründer Heinzmann operiert:

Der damalige Bundesvorsitzende der „CSU-Freundeskreise“, der Kölner Professor Berthold Rubin, hatte sich im April 1971 von rechtsradikalen Freunden entföhren lassen, um „den Volkszorn auf die Linken zu lenken“ und so die unmittelbar bevorstehende schleswig-holsteinische Landtagswahl zu beeinflussen.

Die Rechnung ging auf: Am Wahl-Wochenende war der Fall für viele Blätter Thema Nummer eins. Springers „Welt“ schrieb: „Rubin... vermutlich von der Baader-Gruppe entföhrt“. Vor Gericht kam der „007 von Franz Josef Strauß“ (Rubin über Rubin) mit sechs Monaten Gefängnis und Bewährung davon.

Möglich scheint, daß Gundolf Köhler das Denkmuster solcher Psychokrieger kopiert und ins Unfaßbare vergrößert hat, als er sich entschloß, nach München zu reisen.

Jedenfalls schien diese Theorie letzte Woche weniger windig als alle anderen Erklärungsversuche — etwa die „FAZ“-Vermutung, „ausländische Geheimdienste“ hätten sich „des irregulierten Täters als Auslöser bedient“ — und weniger abwegig als jene falschen Fährten, die Strauß gleich nach der Tat legte.

„Es war“; beurteilte die liberale „Frankfurter Rundschau“ Straußens Reaktion, „eine gespenstische Flucht nach vorn.“ Nachdem die CSU selber den linken Terrorismus „stets und ständig im Umfeld der Sozialdemokra-

ten angesiedelt“ habe, sei dem Kandidaten kurz vor der Wahl „angst und bange“ geworden, „das gleiche könnte ihm und seinen Gesinnungsfreunden blühen, wenn die Spuren eines Verbrechens nach rechts führen“.

Wohl auch, um diese Spuren zu verwischen, publizierte das Bayerische Innenministerium flugs die Mitteilung, beim Münchner Verfassungsschutz würden Kontakte zwischen Hoffmann und der linken Palästinenser-Organisation PLO „vermutet“ — Verbindungen, die indes Experten des Kölner Bundesamtes „nicht bestätigen“ konnten.

Materiellen Beistand bekommt Hoffmann — der bereits 1963 wegen Waffenschmuggels in der Türkei festgenommen wurde und 1975 der rhodesischen Regierung (vergebens) deutsche Söldner offerierte — nicht nur

Nach Einsätzen der Hoffmann-Truppe registrierten Lokalreporter unter Augenzeugen blankes Entsetzen: „Diese Eruption nackten Terrors“, zitierte etwa das „Schwäbische Tageblatt“ einen Zuschauer, „gehört für mich zum Schrecklichsten, was sich seit 1945 ereignet hat.“

Als keineswegs harmlos erschien die WSG denn auch dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, der kürzlich in einem Rechtsstreit um ein 1974 von der Stadt Nürnberg gegen Hoffmann verhängtes Waffen-Verbot befand, es könne „keinen vernünftigen Zweifel daran geben“, daß der WSG-Drillmeister „bei ihm günstig erscheinender Gelegenheit seine Truppe einsetzt“, dabei „selbstverständlich Waffen“ verwendet und „den offenen Kampf mit politisch Andersdenkenden“ sucht.

derselben Pose wie Cicero in der Antike, als er die Verschwörung von Catilina anklagte . . . Man muß den Staat retten, das ist es, was seinerseits der Innenminister Baum gesagt hat.

Dann, um sechs Uhr morgens, schickt man fünf-hundert Polizisten los, um zwanzig Verrückte auszufragen. Diesen Hoffmann, der wirklich wie ein Kasper aussieht . . .

Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und mit einem mit Koppel geschlossenen „Battle Dress“ spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.

Als Strauß dieses Interview gab, hätte er es besser wissen müssen. Seit 1979, so Bayerns Verfassungsschutz, zeigt die WSG „eine wachsende Militanz und zunehmende konspirative Tätigkeit“.

Daß der CSU-Chef die militanten Konspirateure trotz solcher Erkenntnisse bagatellisierte, fügt sich in eine argumentatorische Strategie, die Strauß-Vertraute vor zwei Jahren bei einem „Expertengespräch“ vereinbart hatten.

Um der Gefahr zu begegnen, für den jäh anwachsenden Rechtsradikalismus mitverantwortlich gemacht zu werden, propagieren Christunionler seither unverdrossen die Zweckthese, Neonazis gebe es praktisch nicht, wenn doch, seien sie überwiegend vom Osten gesteuert.

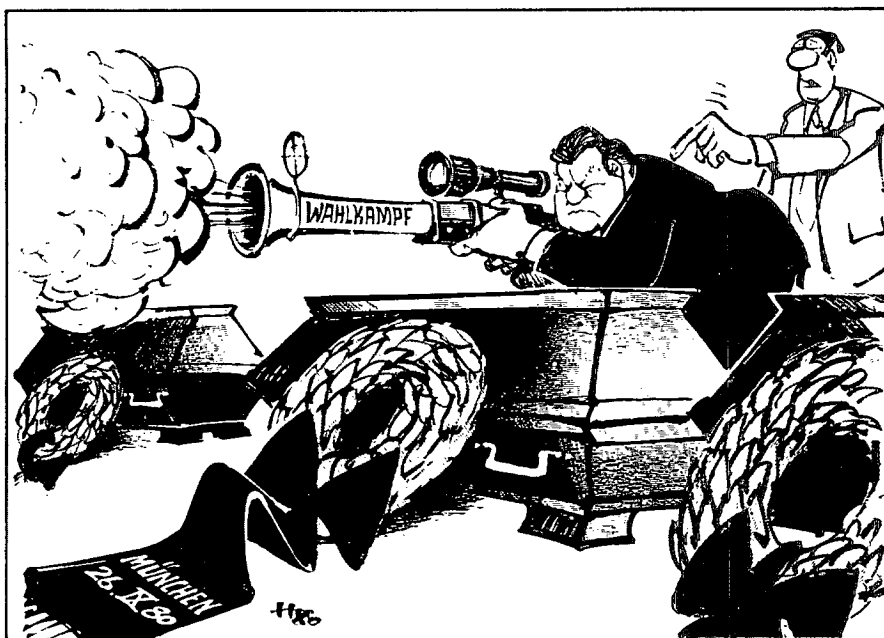
Richtig ist, daß in vielen Rechtsgrüppchen einstige DDR-Bürger überrepräsentiert sind — allerdings aus einem simplen Grund: Unter den von Bonn freigekauften politischen DDR-Häftlingen sind etliche, die das Ost-Berliner Regime von rechtsaußen her bekämpften oder aber im Zuchthaus zu Extremisten geworden sind. Nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik finden sie naturgemäß bei den Neonazis am schnellsten eine neue politische Heimat.

„In keinem dieser Fälle“, teilte Bonn's Innenministerium 1978 auf eine Anfrage der CDU/CSU mit, „liegen konkrete Hinweise vor, daß ihre rechtsextremistische Betätigung von kommunistischer Seite gesteuert wird.“

Dennoch ließen CDU/CSU-Agitatoren nicht davon ab, die nützliche Fabel weiterhin zu kolportieren. Für den „Bayernkurier“ gilt als nachgewiesen, daß „gut 70 Prozent“ der Neonazis „aus der ‚DDR‘ kommen oder von daher nachrichtendienstlich geführt und gefüttert werden“.

Und im klerikal-konservativen „Rheinischen Merkur“ verlangte ein Unionsmann von der Bundesregierung, dem Gerede vom „wachsenden ‚Neonazismus‘“ endlich „offensiv entgegenzutreten“. Denn diese These sei eine „linksextremistische Mär“.

Heißt: Wer vor Extremisten warnt, ist selber einer.



„Könnten Sie nicht woanders auflegen, Herr Strauß?“

tz, München

bei Geschäftspartnern im Südlibanon, denen er ausgemusterte Militärfahrzeuge verkauft. Zu seinen Förderern zählten der „National-Zeitung“-Herausgeber Gerhard Frey, der schon mal mit 8000 Mark aushalf; ferner der fränkische Burgbesitzer Gilbert Freiherr von Sohlern, der sein Anwesen von Hoffmann-Leuten bewachen ließ, sowie diverse anonyme Geschäftsleute, die Spenden an einen eigens gegründeten WSG-„Freundeskreis“ überwiesen.

Wer auch immer die WSG gefördert hat — an dem von Jahr zu Jahr deutlicher zutage tretenden Charakter der Truppe hatte er sich offenbar nicht gestört. Hoffmanns Nahkampf-Schüler sangen: „Legt sie um, die roten Säue, macht sie nieder, Mann für Mann.“ Mit Messern und Chemischen Keulen bewaffnet, demolierten sie Buchhandlungen, sprengten Veranstaltungen und bedrohten linke Demonstranten, die sie „Kommunaken“ schimpften.

Noch im September dieses Jahres aber, nach den Mordanschlägen auf Ausländerheime, kanzelte CSU-Minister Tandler einen Funkreporter ab, der ihn zum Thema Rechtsradikalismus interviewte: „Ihre Sorge sollte sich in erster Linie gegen den Linksextremismus wenden.“ Denn: „Man soll nicht ein Schattenreich aufbauen, eine Schattengefahr aufbauen über das hinaus, was existiert.“

Im März hatte Strauß gegenüber einem Korrespondenten des französischen Fernsehens „TF 1“ getönt, es gebe „keine Gefahr mehr von rechts“. Über Baum, der kurz zuvor die WSG aufgelöst hatte, mokierte sich der Ministerpräsident:

Sie haben vielleicht die Aktion verfolgt, die gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann unternommen worden ist . . . Diese Männer (sind) als eine große Gefahr dargestellt worden. Ich habe den Bundesinnenminister auf die Tribüne steigen sehen, in